

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Für gute Bildung im ländlichen Raum wohnortnahe Schulen erhalten**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, um eine qualitativ hochwertige Bildung im ländlichen Raum zu gewährleisten, auf Maßnahmen und Feststellungen, die Schulschließungen zur Folge haben, zu verzichten und dementsprechend:

1. keine weiteren förmlichen Erklärungen, die auf den Widerruf der Mitwirkung des Freistaates Sachsen an Schulen und Teilen von Schulen gerichtet sind (Mitwirkungsentzüge) abzugeben,
2. auf die förmliche Feststellung eines fehlenden öffentlichen Bedürfnisses für die Fortführung von Schulen oder Teilen derselben nach § 24 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Schulgesetzes zu verzichten,
3. Schulträger bei der Erarbeitung und Umsetzung von schulorganisatorischen Lösungen zum langfristigen Erhalt und zur Sicherung des Fortbestandes ihrer Schulen und Schulstandorte sächlich, personell und finanziell zu unterstützen.

Dresden, den 20. Juni 2018

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes durch die Regierungskoalition von CDU und SPD im April 2017 wurde auch das Schulschließungsmoratorium festgeschrieben. So jedenfalls heißt es von Seiten der Koalitionäre. Die Wirklichkeit ist eine andere.

Aus der Antwort der Staatsregierung vom 14. Mai 2018 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Falken, DIE LINKE, mit dem Titel „Anhörungsverfahren für Mitwirkungsentsug“, Drs 6/13242, geht hervor, dass aktuell drei Schulen betroffen sind. Es handelt sich um die Goethe-Grundschule Waltersdorf, Gemeinde Großschönau; die Ditteschule, eine Oberschule der Stadt Plauen und die Oberschule J.-H. Pestalozzi in Annaberg-Buchholz. Der Grundschule droht die Schließung, in den beiden Oberschulen steht die Klassenstufe 5 zur Disposition. Angaben zu Berufsschulen fehlen. Bekannt ist derzeit der Fall am Beruflichen Schulzentrum (BSZ) „Julius Weisbach“ in Freiberg, wo die Klasse der Industriekaufleute aufgelöst werden soll, weil nur 13 statt der gesetzlich vorgeschriebenen 16 Berufsschülerinnen und Berufsschüler die Ausbildung absolvieren.

Die einreichende Fraktion DIE LINKE. fordert die Staatsregierung auf, im Sinne der Betroffenen zu verfahren und Schulen im ländlichen Raum zu erhalten und nicht zu schließen.